

MINISTERIALBLATT

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

Ausgabe A

20. Jahrgang

Ausgegeben zu Düsseldorf am 16. Februar 1967

Nummer 17

Inhalt

I.

Veröffentlichungen, die in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBL. NW.) aufgenommen werden.

Glied.- Nr.	Datum	Titel	Seite
20319	16. 1. 1967	Gem. RdErl. d. Finanzministers u. d. Innenministers Änderungstarifvertrag Nr. 2 vom 29. November 1966 zum Tarifvertrag über die Rechtsverhältnisse der Lehrlinge und Anlernlinge vom 21. September 1961	140
2160	16. 1. 1967	RdErl. d. Arbeits- und Sozialministers Änderung der Richtlinien für die Pflege und Erziehung von Minderjährigen, die außerhalb des Eltern- hauses in einer Familie untergebracht sind	140
2324 23237	11. 1. 1967	RdErl. d. Ministers für Wohnungsbau und öffentliche Arbeiten Prüfzeichenpflichtige Baustoffe und Bauteile; hier: 1. Verzeichnis der Feuerschutzmittel für brennbare Stoffe — außer Holz — sowie der schwer ent- flammbaren Stoffe im Bauwesen Betonzusatzmittel-Verzeichnis	145
238	19. 1. 1967	RdErl. d. Ministers für Wohnungsbau und öffentliche Arbeiten Rückwirkende Mieterhöhung bei öffentlich geförderten Wohnungen	141
7832 2001	16. 1. 1967	Bek. d. Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Auflösung des Staatlichen Fleischbeschauamtes in Avenwedde, Kreis Wiedenbrück	143
8202	19. 1. 1967	RdErl. d. Finanzministers Änderung der Satzung der VBL sowie der dazu erlassenen Ausführungsbestimmungen	143

II.

Veröffentlichungen, die nicht in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBL. NW.) aufgenommen werden.

Datum	Seite
Innenminister	
18. 1. 1967	Bek. — Genehmigung einer Stiftung privaten Rechts; hier: „Heinrich Sauer-Gedächtnisstiftung“ mit Sitz in Detmold 143
Minister für Wohnungsbau und öffentliche Arbeiten	
29. 12. 1966	Mitt. — Berichte aus der Bauforschung 143
16. 1. 1967	Bek. — Liste der Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure 144
Hinweis	
	Inhalt des Justizministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen Nr. 2 v. 15. 1. 1967 150

I.

20319

**Anderungstarifvertrag Nr. 2
vom 29. November 1966
zum Tarifvertrag über die Rechtsverhältnisse
der Lehrlinge und Anlernlinge
vom 21. September 1961**

Gem. RdErl. d. Finanzministers — B 4050 — 2.1-013-IV:66
— u. d. Innenministers II A 2 — 14.01.05 — 15018 67 —
v. 16. 1. 1967

A. Nachstehenden Tarifvertrag geben wir bekannt:

**Anderungstarifvertrag Nr. 2
vom 29. November 1966**

zum Tarifvertrag über die Rechtsverhältnisse der Lehrlinge und Anlernlinge vom 21. September 1961

Zwischen

der Bundesrepublik Deutschland,
vertreten durch den Bundesminister des Innern,
der Tarifgemeinschaft deutscher Länder,
vertreten durch den Vorsitz des Vorstandes,
der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände,
vertreten durch den Vorstand.

einerseits

und

der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und
Verkehr — Hauptvorstand —
der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft
— Bundesvorstand —

andererseits

wird folgender Tarifvertrag geschlossen:

§ 1

§ 14 des Tarifvertrages über die Rechtsverhältnisse der Lehrlinge und Anlernlinge vom 21. September 1961 erhält die folgende Fassung:

„§ 14

Zusätzliche Alters- und Hinterbliebenenversorgung

Die Versicherung zum Zwecke einer zusätzlichen Alters- und Hinterbliebenenversorgung wird durch besonderen Tarifvertrag geregelt.“

§ 2

Dieser Tarifvertrag tritt am 1. Januar 1967 in Kraft.

Bonn, den 29. November 1966

B. Abschnitt B Nr. 11 des Gem. RdErl. v. 24. 11. 1961 (SMBl. NW. 20319) erhält folgende Fassung:

„11. Zu § 14

Die zusätzliche Alters- und Hinterbliebenenversorgung für Lehrlinge und Anlernlinge ist durch den Tarifvertrag über die Versorgung der Arbeitnehmer des Bundes und der Länder sowie von Arbeitnehmern kommunaler Verwaltungen und Betriebe (Abschnitt IV des Versorgungs-TV.) geregelt.“

— MBl. NW. 1967 S. 140.

2160

**Anderung der Richtlinien
für die Pflege und Erziehung von Minderjährigen,
die außerhalb des Elternhauses in einer Familie
untergebracht sind**

RdErl. d. Arbeits- und Sozialministers v. 16. 1. 1967 —
IV B:2 — 6000.3

Nr. 3.1 Absatz 2 Satz 3 des RdErl. v. 4. 2. 1966 — SMBl. NW. 2160 — erhält folgende Fassung:

Im Interesse einer möglichst einheitlichen Handhabung im Lande wird empfohlen, sich dieser Berechnungsmethode

anzuschließen. Danach wären zur Zeit folgende Pflegegelder zu zahlen:

für Kinder bis zum Alter von einschl. 6 Jahren	90,— DM bis 102,— DM
für Kinder im Alter von 7 bis einschl. 13 Jahren	139,50 DM bis 153,— DM
für Jugendliche im Alter von 14 bis einschl. 17 Jahren	169,50 DM bis 184,50 DM
für Jugendliche im Alter von 18 und mehr Jahren	148,50 DM bis 163,50 DM

An die Regierungspräsidenten

Landkreise und kreisfreien Städte

— Jugendämter —,

kreisangehörigen Ämter und Gemeinden

— Jugendämter —.

— MBl. NW. 1967 S. 140.

2324

23237

**Prüfzeichenpflichtige Baustoffe und Bauteile:
hier: 1. Verzeichnis der Feuerschutzmittel
für brennbare Stoffe — außer Holz —
sowie der schwer entflammaren Stoffe
im Bauwesen**

2. Betonzusatzmittel—Verzeichnis

RdErl. d. Ministers für Wohnungsbau und öffentliche Arbeiten v. 11. 1. 1967 — II A 3 — 2.402 Nr. 1636:66

1. Nach Gruppe 3 Nr. 3.1 und 3.2 der Tabelle zu § 1 der Verordnung über prüfzeichenpflichtige Baustoffe und Bauteile — PrüfzVO — v. 2. Dezember 1965 (GV. NW. S. 336) i. d. F. des Artikels I der Verordnung v. 6. Dezember 1966 (GV. NW. S. 517) — SGV. NW. 232 — bedürfen Feuerschutzmittel für bestimmte Baustoffe und Stoffe, die schwer entflammbar sein müssen — außer reiner Wolle —, eines Prüfzeichens. Der zuständige Prüfausschuß für schwer entflammbare Stoffe im Bauwesen in Stuttgart 1, Dorotheenstraße 6, gibt jedes Jahr in Neuauflage ein Verzeichnis heraus, in dem die Feuerschutzmittel und die Stoffe aufgeführt sind, für die ein Prüfzeichen zugeteilt wurde. Das Verzeichnis ist nach Gruppen der Feuerschutzmittel und Stoffe gegliedert und enthält die Anschriften der Hersteller- und Lieferfirmen.

Das Verzeichnis kann durch den Formularverlag W. Kohlhammer GmbH., Stuttgart, Urbanstraße 12—14, unter Bestellnummer Bau 80 — Prüfbescheid-Verzeichnis des Prüfausschusses III — gegen Erstattung der Druck- und Versandkosten bezogen werden.

Zur Zeit liegt das Verzeichnis nach dem Stand Oktober 1966 vor.

2. Nach Gruppe 7 Nr. 7.1 bis 7.6 der Tabelle zu § 1 der PrüfzVO bedürfen bestimmte Betonzusatzmittel eines Prüfzeichens. Der zuständige Prüfausschuß für Betonzusatzmittel in Stuttgart-Vaihingen, Robert-Leicht-Straße 209, gibt jedes Jahr in Neuauflage ein Verzeichnis heraus, in dem die Betonzusatzmittel aufgeführt sind, für die ein Prüfzeichen zugeteilt wurde. Das Verzeichnis ist nach Gruppen der Betonzusatzmittel gegliedert und enthält die Anschriften der Hersteller- und Lieferfirmen.

Das Verzeichnis kann beim vorgenannten Prüfausschuß gegen Erstattung der Druck- und Versandkosten bezogen werden.

Zur Zeit liegt das Verzeichnis nach dem Stand vom 1. September 1966 vor.

An die Regierungspräsidenten,

Landesbaubehörde Ruhr,

unteren Bauaufsichtsbehörden,

staatlichen Bauverwaltungen,

Bauverwaltung der Gemeinden

und Gemeindeverbände.

— MBl. NW. 1967 S. 140.

Rückwirkende Mieterhöhung bei öffentlich geförderten Wohnungen

RdErl. d. Ministers für Wohnungsbau und öffentliche
Arbeiten v. 19. 1. 1967 — Z 1 — 6.073

In Abschnitt II Nr. 3 Buchst. a) bis c) der Kostenmietbestimmungen (Bezugserlaß zu b) habe ich darauf hingewiesen, daß der Vermieter die vertraglich vereinbarte Miete wegen gestiegener Aufwendungen regelmäßig nur unter Beachtung der Vorschriften des § 18 I. BMG bzw. des § 10 WoBindG 1965 erhöhen darf. Eine solche Mieterhöhungserklärung auf der Grundlage dieser gesetzlichen Bestimmungen hat nur Wirkung für die Zukunft. Die Frage, unter welchen Voraussetzungen eine Mieterhöhung auch rückwirkend verlangt werden kann, falls in dem zwischen den Mietvertragsparteien abgeschlossenen Mietvertrag eine Rückwirkungs- oder Gleitklausel vereinbart worden ist, wird in mehreren Gerichtsentscheidungen behandelt. Der Bundesgerichtshof hat nunmehr in seinem Urteil v. 6. 7. 1966 — VIII ZR 135/65 — (veröffentlicht in „Neue Juristische Wochenschrift“ 1966, S. 1710, und „Zeitschrift für Miet- und Raumrecht“ 1966, S. 369) erstmalig einen Teil der strittigen Fragen entschieden. Dementsprechend weise ich auf folgendes hin:

I. Mietvertragliche Voraussetzungen für rückwirkende Mieterhöhungen

Nach nunmehr wohl einheitlicher Rechtsprechung ist bei dem Verlangen einer rückwirkenden Mieterhöhung zunächst zu klären, ob in dem Mietvertrag zwischen den Vertragsparteien eindeutig vereinbart ist, daß die Miete bei gestiegenen Aufwendungen auch für die Vergangenheit vom Zeitpunkt der Aufwenderhöhung ab erhöht werden kann. Das gilt auch in den Fällen, in denen die Vertragsparteien zunächst die Miete auf der Grundlage der im Bewilligungsbescheid nach § 72 Abs. 2 II. WoBauG genehmigten Durchschnittsmiete vereinbaren. Die bloße Vereinbarung einer „vorläufigen Miete“ oder eines „vorläufigen Mietvertrages“ genügt diesen Anforderungen nicht. Aus dem Inhalt der Vereinbarung muß sich vielmehr eindeutig ergeben, daß eine bei Schlußabrechnung gemäß § 72 Abs. 5 II. WoBauG genehmigte Mieterhöhung auch für die Zeit vom Bezug der Wohnung bis zur Genehmigung der höheren Miete durch die Bewilligungsbehörde nachgefordert werden kann. Ist zwischen dem Vermieter und dem Mieter streitig, ob ein Vorbehalt dieser Art rückwirkenden Inhalt hat, so muß diese Streitfrage über den Inhalt des abgeschlossenen Mietvertrages abschließend von den ordentlichen Gerichten geklärt werden.

Bei dem gegenwärtigen Stand der Rechtsprechung kann davon ausgegangen werden, daß die (früher in mehreren Entscheidungen des Landgerichts Düsseldorf vertretene) Auffassung, nach der § 18 I. BMG als gesetzliches Verbot einer rückwirkenden Mieterhöhung zu betrachten sei, nicht mehr aufrecht erhalten wird. Aber auch die in einem Urteil des Landgerichts Bochum vertretene Auffassung ist allgemein abgelehnt worden, nach der bei Mietverträgen über öffentlich geförderte Wohnungen allgemein ein stillschweigender Vertragswille der Mietvertragsparteien dahingehend anzunehmen sei, daß die zunächst vereinbarte Miete nur vorläufigen Charakter habe und der Vermieter die später genehmigte höhere Miete rückwirkend auch ohne ausdrückliche Rückwirkungsvereinbarung nachfordern dürfe.

II. Preisrechtliche und darlehnsrechtliche Zulässigkeit

Der Geber der öffentlichen Mittel ist nach den Darlehens- und Zuschußverträgen sowie nach § 4 BindG 1960 und § 25 WoBindG 1965 zu darlehnsrechtlichen Maßnahmen, insbesondere zur Kündigung des Darlehens, zur Rückforderung von Aufwendungsbeihilfen und Zinszuschüssen und zur Forderung erhöhter Zinsleistungen, berechtigt, wenn der Bauherr mit der rückwirkenden Mieterhöhung eine höhere Miete fordert, als sie preisrechtlich oder darlehnsrechtlich zulässig ist. Hierzu weise ich auf folgendes hin:

1. Mietgenehmigung nach § 72 Abs. 2 II. WoBauG unter Vorbehalt

Bis zum 1. 8. 1961 wurde nach Nr. 17 WFB 1957 in ursprünglicher Fassung im Bewilligungsbescheid nur eine vorläufige Miete unter Vorbehalt späterer Änderung genehmigt und dem Bauherrn empfohlen, sich im Mietvertrag eine Neuregelung der Miete mit Wirkung vom Beginn des Mietverhältnisses an vorzubehalten (vgl. Nr. 1 und 2 des Bezugserlasses zu c).

Wenn bei diesem Inhalt des Bewilligungsbescheides eine höhere Miete vor Mietpreisfreigabe bei Schlußabrechnung genehmigt wurde und sich aus dem endgültigen Mietgenehmigungsbescheid nicht ergab, daß diese Miete nur für die Zukunft gelten soll, standen nach meiner bisher vertretenen Auffassung der rückwirkenden Forderung dieser erhöhten Miete preisrechtliche oder darlehnsrechtliche Bedenken nicht entgegen. Der Bundesgerichtshof hat diese Auffassung — wenn auch aus anderen Erwägungen auf Grund der Auslegung des § 72 Abs. 5 II. WoBauG a. F. — mit dem erwähnten Urteil v. 6. 7. 1966 bestätigt. Ich bitte daher, in diesen Fällen auch künftig darlehnsrechtliche Maßnahmen zu unterlassen.

2. Mietgenehmigung ohne Vorbehalt und nach § 72 Abs. 5 II. WoBauG a. F.

Wenn die Miete im Bewilligungsbescheid (entsprechend der Neufassung der Nr. 17 WFB 1957 mit Wirkung v. 1. 8. 1961) vorbehaltlos genehmigt worden ist, so beruhte eine bis zur Schlußabrechnung oder im Zusammenhang mit deren Anerkennung erteilte Genehmigung einer Mieterhöhung vor der Mietpreisfreigabe bis zum 31. 8. 1965 auf § 72 Abs. 5 II. WoBauG in der bis zu diesem Zeitpunkt geltenden Fassung.

Ich habe bisher die Auffassung vertreten, daß eine Mietgenehmigung auf dieser Rechtsgrundlage nur Wirkung für die Zukunft äußere. Vor allem auf Grund des Wortlautes des § 72 Abs. 5 Satz 1 II. WoBauG a. F. ist der BGH in dem erwähnten Urteil v. 6. 7. 1966 jedoch zu der Auslegung gelangt, daß durch die Mietgenehmigung die sich „nunmehr“ mit der Erhöhung der Aufwendungen ergebende Miete rückwirkend preisrechtlich zulässig geworden sei. Soweit nicht die preisrechtliche Unzulässigkeit der Nachforderung im Einzelfall gerichtlich festgestellt wird, bitte ich entsprechend dieser Entscheidung des BGH in Fällen dieser Art von darlehnsrechtlichen Maßnahmen abzuhehen.

3. Zulassung einer Mieterhöhung nach § 3 Abs. 1 und Abs. 4 BindG 1960

In Abschnitt IV Ziff. 1 des Bezugserlasses zu a) habe ich die Rechtslage erläutert, die sich nach der Mietpreisfreigabe aus den Regelungen in § 3 Abs. 1 und Abs. 4 BindG 1960 bis zum Außerkrafttreten dieses Gesetzes am 31. 8. 1965 ergab. Nach Preisfreigabe durfte danach der Darlehensschuldner zunächst weiterhin nur eine Miete verlangen, welche „die vor der Preisfreigabe preisrechtlich zulässige Miete nicht übersteigt“. Zulässig war demnach nur die Einzelmiete, die sich aus einer vor Preisfreigabe im Bewilligungsbescheid gemäß § 72 Abs. 2 II. WoBauG genehmigten oder nach § 72 Abs. 5 II. WoBauG bereits erhöhten Durchschnittsmiete errechnete. Die Erhöhung dieser Miete war erst auf Grund einer Zulassung gemäß § 3 Abs. 1 BindG 1960 bzw. einer Genehmigung gemäß § 3 Abs. 4 BindG 1960 zulässig. Unzulässig war nach Preisfreigabe eine Mietgenehmigung auf der Grundlage des § 72 Abs. 5 II. WoBauG a. F., weil diese Mietgenehmigung im Gesetz ausdrücklich als preisrechtliche Genehmigung bezeichnet war und die Vorschrift infolgedessen nach Preisfreigabe nicht mehr anwendbar war.

Ich habe für diese Sachlage die Rechtsauffassung vertreten, daß eine gemäß § 3 Abs. 1 BindG 1960 zugelassene oder gemäß § 3 Abs. 4 BindG 1960 genehmigte Mieterhöhung darlehnsrechtlich nur für die Zukunft Wirkung habe. An dieser Rechtsauffassung ist weiterhin festzuhalten. Sie wird durch das BGH-Urteil v.

6. 7. 1966 nicht berührt. Gerichtliche Entscheidungen zu diesem Sachverhalt sind mir bisher nicht bekannt geworden. Demgemäß bitte ich, weiterhin gegenüber etwaigen Verstößen gegen diese darlehensrechtliche Verpflichtung mit darlehensrechtlichen Maßnahmen vorzugehen.

Diese darlehensrechtlichen Befugnisse bestehen bei diesem Sachverhalt unabhängig davon, wie weit der Mieter nach dem Mietvertrag gegenüber seinem Vermieter zur Nachzahlung der Mieterhöhung verpflichtet ist. Diese besondere Rechtslage ergibt sich aus der eigenartigen Konstruktion des BindG 1960, das die Sicherung der Einhaltung der Bindungen aus der Eigenschaft der Wohnung als „öffentlich gefördert“ lediglich mit darlehensrechtlichen Regelungen erstrebte, die jedoch — anders als Preisvorschriften — keine Auswirkung auf das zivilrechtliche Vertragsverhältnis zwischen Vermieter und Mieter hatten. Erst nach der Neuregelung durch das WoBindG 1965 hat die Vereinbarung unzulässig überhöhter Mieten wieder zur Folge, daß die Vereinbarung unwirksam ist (§ 8 Abs. 2) und deshalb auch kein Anspruch auf diese Miete besteht.

4. Genehmigung einer Mieterhöhung für die unter § 3 Abs. 2 BindG 1960 fallenden Wohnungen

Nach § 3 Abs. 2 BindG 1960 durfte der Bauherr eine Wohnung, die nach Mietpreisfreigabe bezugsfertig wurde, gegen ein Entgelt vermieten, das die Kostenmiete nicht übersteigt. Eine Genehmigung dieser Kostenmiete war weder für den Zeitpunkt der Bewilligung noch den der Schlußabrechnung vorgesehen. Ich hatte mich allerdings damit einverstanden erklärt, daß die Bewilligungsstellen in diesen Fällen bei der Schlußabrechnung die Kostenmiete ermitteln und mit darlehensrechtlicher Wirkung genehmigen (vgl. IV Ziff. 2 des Bezugserlasses zu a).

Vorbehaltlich der Entscheidung der Gerichte wird man in diesen Fällen wohl annehmen müssen, daß der Vermieter die für den jeweiligen Zeitpunkt sich ergebende Kostenmiete erheben darf, auch wenn sie erst nachträglich bei der Schlußabrechnung, jedoch im zeitlichen Geltungsbereich des BindG 1960 festgestellt wird. Von darlehensrechtlichen Maßnahmen ist daher in diesen Fällen abzusehen.

5. Genehmigung einer Mieterhöhung nach § 72 Abs. 5 II. WoBauG neuer Fassung

Seit dem 1. 9. 1965 bildet § 72 Abs. 5 II. WoBauG i. d. F. v. 1. 9. 1965 (BGBl. S. 1618) die Rechtsgrundlage für die Genehmigungen von Mieterhöhungen, einheitlich in „schwarzen“ (vgl. § 72 Abs. 9 II. WoBauG) und „weißen“ Kreisen (vgl. § 72 Abs. 10 II. WoBauG, § 8 Abs. 1 WoBindG 1965). Bei Erhöhungen der Aufwendungen tritt danach an die Stelle der genehmigten Durchschnittsmiete eine entsprechend erhöhte Durchschnittsmiete, wenn sich die Aufwendungen bis zur Anerkennung der Schlußabrechnung, spätestens bis zu 2 Jahren nach der Bezugsfertigkeit, erhöhen und die Bewilligungsstelle die Erhöhung der Durchschnittsmiete genehmigt. Mieterhöhungen für Aufwendungserhöhungen, die nach diesem Zeitpunkt eintreten, bedürfen keiner Genehmigung der Bewilligungsbehörde. Gerichtliche Entscheidungen zur Auslegung dieser Neufassung sind bisher nicht bekannt geworden. Wegen des wesentlich geänderten Wortlauts kann hierzu auch die erwähnte Entscheidung des BGH nicht herangezogen werden. Vorbehaltlich der Entscheidung der Gerichte vertrete ich die Auffassung, daß die Genehmigung auf Grund des neugefaßten § 72 Abs. 5 II. WoBauG nur Wirkung für die Zukunft hat und daß die Nachforderung des Erhöhungsbetrages für die Vergangenheit daher unzulässig ist. Ich bitte demgemäß, durch darlehensrechtliche Maßnahmen für die Einhaltung der zulässigen Miete zu sorgen.

III. Grenzen der Rückwirkung

Soweit die zu I. und II. erläuterten Voraussetzungen für eine rückwirkende Mieterhöhung vorliegen, ist folgendes zu beachten:

Nach dem System der Kostenmiete können Mieterhöhungen stets nur verlangt werden, wenn die Aufwendungen des Vermieters sich in einer von ihm nicht zu vertretenden Weise erhöht haben. In meinem Bezugserlaß zu c) habe ich darauf hingewiesen, daß einer Mietgenehmigung nach § 72 Abs. 5 Satz 2 II. WoBauG nur solche Erhöhungen von Aufwendungen zugrunde gelegt werden dürfen, die bis zur Anerkennung der Schlußabrechnungsanzeige und nicht später als 2 Jahre nach der Bezugsfertigkeit des Bauvorhabens eingetreten sind. Es ist also möglich, daß die für die Schlußabrechnung eingereichte Wirtschaftlichkeitsberechnung Aufwendungen enthält, die in dieser Höhe nicht schon im Zeitpunkt der Bezugsfertigkeit bestanden, sondern erst innerhalb dieser Zweijahresfrist oder später entstanden sind oder sich erhöhten. Typische Beispiele dafür sind z. B. Änderungen der Instandhaltungskosten infolge einer Änderung der II. BVO, Erhöhung von Kommunalgebühren, Versicherungsgebühren usw. Infolgedessen darf auf Grund der Genehmigung einer Mieterhöhung für einen späteren Zeitpunkt als dem der Bezugsfertigkeit auch bei Vorliegen der sonstigen Voraussetzungen für eine rückwirkende Nachforderung stets die höhere Miete nur insoweit gefordert werden, als höhere Aufwendungen für die jeweilige Mietezeit tatsächlich bereits entstanden waren.

Dieser Sachverhalt gibt mir Veranlassung, die Bewilligungsbehörden nochmals auf die Beachtung von Nr. 4 Abs. 2 des Bezugserlasses zu c) hinzuweisen. Auch wenn die Schlußabrechnung erst nach Ablauf der Zweijahresfrist seit Bezugsfertigkeit eingereicht wird, so sind die Aufwendungen in dieser Wirtschaftlichkeitsberechnung spätestens auf den Zeitpunkt von zwei Jahren seit Bezugsfertigkeit abzustellen.

IV. Änderung von Runderlassen

1. Abschnitt II Ziff. 3 Buchst. d) des Bezugserlasses zu b) erhält folgende neue Fassung:

d) Die Voraussetzungen, unter denen bei öffentlich geförderten Wohnungen eine rückwirkende Mieterhöhung rechtswirksam vereinbart werden kann, sind in meinem RdErl. v. 19. 1. 1967 (MBL. NW. S. 141 / SMBl. 238) betr. Rückwirkende Mieterhöhungen bei öffentlich geförderten Wohnungen dargelegt.

2. In Nr. 5 des Bezugserlasses zu c) erhält der Klammerhinweis am Ende folgende Fassung:

(vgl. dazu RdErl. v. 19. 1. 1967 (MBL. NW. S. 141 / SMBl. 238) betr. Rückwirkende Mieterhöhung bei öffentlich geförderten Wohnungen)

Bezug: a) RdErl. v. 9. 10. 1963 (MBL. NW. S. 1752 / SMBl. 238) i. d. F. v. 8. 12. 1964 (MBL. NW. 1965 S. 4) betr. Aufhebung der Wohnraumbewirtschaftung und der Mietpreisbindungen für Wohnraum;

b) RdErl. v. 11. 10. 1965 (MBL. NW. S. 1404 / SMBl. 238) betr. Bildung und Sicherung der Kostenmiete für öffentlich geförderte Wohnungen nach Mietpreisfreigabe (Kostenmietebestimmungen);

c) RdErl. v. 12. 11. 1965 (MBL. NW. 1966 S. 44 / SMBl. 2370) betr. Förderung des sozialen Wohnungsbaues;

hier: Genehmigung der Durchschnittsmiete bei der Bewilligung der öffentlichen Mittel und bei der Schlußabrechnung.

An die Gemeinden und Gemeindeverbände als Bewilligungsbehörden im öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau Landesbaubehörde Ruhr, Essen, Regierungspräsidenten in Aachen und Köln als Bewilligungsbehörden im Bergarbeiterwohnungsbau, Regierungspräsidenten, Landesbaubehörde Ruhr, Essen, Oberfinanzdirektionen Düsseldorf, Köln und Münster als Wohnungsfürsorgebehörden im Landesbedienstetenwohnungsbau und als Wohnungsaufsichtsbehörden, Wohnungsbauförderungsanstalt des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf.

7832
2091**Auflösung des Staatlichen Fleischbeschauamtes
in Avenwedde, Kreis Wiedenbrück**Bek. d. Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und
Forsten v. 16. 1. 1967 — I B 3 — a — 3.310

Das Staatliche Fleischbeschauamt Avenwedde ist durch meinen an den Regierungspräsidenten in Detmold gerichteten Erl. v. 30. 12. 1966 (n. v.) — I B 3 — a — 3.310 — mit Wirkung vom 1. Januar 1967 aufgelöst worden. Die Aufgaben des aufgelösten Fleischbeschauamtes sind dem Staatlichen Fleischbeschauamt Gütersloh übertragen worden. Das Beschaupersonal untersteht vom genannten Zeitpunkt ab den Weisungen des Leiters des Staatlichen Fleischbeschauamtes Gütersloh.

Die Auflösung stützt sich auf § 14 Abs. 1 des Landesorganisationsgesetzes (LOG) vom 10. Juli 1962 (GV. NW. S. 421; SGV. NW. 2005).

— MBL. NW. 1967 S. 143.

8202

**Änderung der Satzung der VBL
sowie der dazu erlassenen
Ausführungsbestimmungen**RdErl. d. Finanzministers v. 10. 1. 1967 —
B 6130 — 003 IV. 67

Die nachstehenden Änderungen der Ausführungsbestimmungen zur Satzung der VBL, die der Bundesminister der Finanzen in der Beilage zum Bundesanzeiger Nr. 239 vom 22. Dezember 1966 bekanntgemacht hat, gebe ich zur Kenntnis.

**Bekanntmachung
von Änderungen der Satzung der VBL
sowie der dazu erlassenen Ausführungsbestimmungen
vom 2. Dezember 1966**

Ich habe heute gemäß § 64 Abs. 1 und § 68 der Anstaltsatzung (Bundesanzeiger Nr. 182 vom 19. September 1952), zuletzt geändert am 4. August 1966 (Bundesanzeiger Nr. 148 vom 11. August 1966), folgende vom Verwaltungsrat der Anstalt in seiner Sitzung am 27. Juli 1966 gefaßten Beschlüsse genehmigt:

1.
2. Die Ausführungsbestimmungen Nr. 3 zu den §§ 22, 24, 25, 31, 34, 35, 40, 41 und 43 ff der bisherigen Satzung werden in der Weise geändert, daß in Buchstabe b nach den Worten „im öffentlichen Dienst nachgewiesen wird“ ein Punkt gesetzt wird. Das Wort „oder“, Buchstabe c und der dazugehörige Text werden gestrichen.

Die vorstehenden Änderungen der Ausführungsbestimmungen gelten für Ansprüche aus Versicherungen, die nach Ablauf des Monats enden, in dem die Änderung im Bundesanzeiger bekanntgemacht worden ist.

Bonn, den 2. Dezember 1966
V A 7 — Vers 2705 — 11/66

Der Bundesminister der Finanzen

Im Auftrag
Dr. R a n n o w

Bezug: RdErl. d. Finanzministers v. 24. 10. 1952 (SMBl. NW. 8202)

— MBL. NW. 1967 S. 143.

II.

Innenminister**Genehmigung einer Stiftung privaten Rechts;
hier: „Heinrich Sauer-Gedächtnisstiftung“
mit Sitz in Detmold**Bek. d. Innenministers v. 18. 1. 1967 —
I C 4 17-42.13.3

Die Landesregierung hat am 20. 12. 1966 folgenden Beschluß gefaßt:

„Die Errichtung der ‚Heinrich Sauer-Gedächtnisstiftung‘ mit Sitz in Detmold durch notarielles Testament des Kaufmanns Heinrich Sauer vom 4. Januar 1957 — eröffnet durch das Amtsgericht Detmold am 21. 2. 1966 — unter 4 IV 3:57 — i. d. F. der Ergänzungssatzung v. 5. November 1966 wird gemäß § 80 BGB i. Verb. mit § 6 des Lip-pischen Ausführungsgesetzes zum BGB v. 17. 11. 1899 (LV Bd. 22 S. 489) genehmigt.“

— MBL. NW. 1967 S. 143.

**Minister für Wohnungsbau und öffentliche Arbeiten
Berichte aus der Bauforschung**Mitt. d. Ministers für Wohnungsbau und öffentliche
Arbeiten v. 29. 12. 1966 — II B 1 — 2.214 Nr. 27:67

In der Schriftenreihe des Deutschen Ausschusses für Stahlbeton sind folgende Hefte erschienen:

Heft 176**Dauerfestigkeit von Spannbetonbauteilen**

Das Heft umfaßt 69 Seiten mit 81 Bildern, 9 Tabellen und 60 Quellenangaben. Der Verfasser, Dr.-Ing. Martin Mayer, behandelt die Anforderungen an die Dauerfestigkeit der Spannstähle und an ihre Endverankerungen. Das Heft enthält weiter kritische Betrachtungen über die zweckmäßige Höhe der Vorspannung.

Heft 177**Die Grundlagen zur Berechnung der bei statisch
unbestimmten Stahlbetonkonstruktionen im plastischen
Bereich auftretenden Umlagerungen der Schnittkräfte**

Der Bericht von Dr.-Ing. P. S. Rao umfaßt 99 Seiten mit 65 Bildern, 10 Tabellen und 51 Quellenangaben. Im ersten Teil werden Berechnungsmethoden entwickelt zur Bestimmung der Moment-Krümmungsbeziehung bei biegebeanspruchten Stahlbetontraggliedern bei Kurzzeitbelastung bis zum Bruch. Im zweiten Teil wird über Versuche berichtet, bei denen der Einfluß einer zusätzlichen Querkraft auf die Momentkrümmungsbeziehung untersucht wurde sowie die Verdrehungsfähigkeit im Bereich sogenannter plastischer Gelenke und deren Abhängigkeit vom Momentenverlauf und von der Art der Lasteintragung.

Heft 180**Knicken von Stahlbetonstäben mit Rechteckquerschnitt
unter Kurzzeitbelastung**

Der Bericht umfaßt 52 Seiten mit 31 Bildern, 35 graphischen Tabellen und 7 Quellenangaben. Verfasser ist Dipl.-Math. Dr.-Ing. A. Blaser. In diesem Bericht wird gezeigt, daß sich die Schlankheit eines Stabes bei vorgegebener Belastung und Ausbiegung der Stabmitte durch eine reine Quadratur bestimmen läßt. Dabei kann der Integrand bei beliebiger Bewehrung, beliebig vorzugebenden nichtlinearen Spannungs-Dehnungs-Gesetzen für Beton und Stahl und großen Verformungen in geschlossener Form angegeben werden. Mit einem Nähungsverfahren werden Knickkurven für verschiedene Bewehrungsgehalte und Exzentrizitäten berechnet. Für das dazu nötige Rechenprogramm wird ein Flußdiagramm angegeben.

Die Hefte werden bis zum 1. März 1967 durch den Deutschen Ausschuß für Stahlbeton, Berlin 15, Bundesallee 216/218, zu folgenden Herstellungspreisen abgegeben:

Heft 176: DM 11,50,
Heft 177: DM 14,30 und
Heft 180: DM 10,—.

Die Beträge sind auf das Postscheckkonto des Deutschen Ausschusses für Stahlbeton, Berlin-West 40 064, zu überweisen. Später können diese Hefte nur noch zum wesentlich höheren Preis durch den Buchhandel bezogen werden.

— MBl. NW. 1967 S. 143.

Liste der Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure

Bek. d. Ministers für Wohnungsbau und öffentliche Arbeiten v. 16. 1. 1967 — Z B 1 — 2413

Die Liste der Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure ist nach dem Stand vom 1. Januar 1967 neu aufgestellt. Sie wird in der Anlage bekanntgegeben. Änderungen gegenüber der bisherigen Liste gelten als Veröffentlichungen gem. Nr. 6 des RdErl. d. Ministers für Landesplanung, Wohnungsbau und öffentliche Arbeiten vom 30. 8. 1965 (MBl. NW. S. 1192).

Anlage

Die Liste der Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure nach der Bek. v. 1. 2. 1962 (MBl. NW. S. 347) und die hierzu ergangenen Bekanntmachungen sind ungültig.

Anlage

zur Bek. d. Ministers für Wohnungsbau und öffentliche Arbeiten v. 16. 1. 1967 — Z B 1 — 2413

Liste der Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure des Landes Nordrhein-Westfalen

Name:	Vorname:	Geburtsdatum:	Ort der Niederlassung:	Zulassungsnummer:
Adams	Rudolf	10. 3. 1907	Neuß, Tacitusstraße 13	A 10
Albrecht	Edgar	12. 11. 1888	Siegen, Kirchweg 2	A 4
Amberge	Friedrich	28. 12. 1932	Siegburg, Wilhelmstraße 65	A 14
André	Walter	3. 12. 1912	Gütersloh, Auf der Brede 18	A 5
Arnold	Richard	27. 10. 1894	Lippstadt, Fleischhauerstraße 7	A 13
Au	Alfred	3. 6. 1921	Köln, Auf dem Berlich 30	A 8
Bardenheuer	Josef	10. 1. 1903	Bad Godesberg, Viktoriastraße 20	B 14
Baring	Wilhelm	20. 9. 1890	Neheim-Hüsten I. Schobbostraße 5	B 2
Bastian	Karl-Heinz	17. 11. 1911	Coesfeld, Südring 32	B 17
Beckers	Bruno	25. 12. 1912	Paderborn, Driburger Straße 14	B 25
Bedaun	Herbert	16. 11. 1898	Bergneustadt, Wiedeneststraße 9	B 3
Bedorf	Josef	15. 10. 1908	Alsdorf (Krs. Aachen), Linnicher Straße 11/13	B 24
Berns	Harald	14. 8. 1927	Wuppertal-Barmen, Hebbelstraße 3	B 29
Blume	Ernst	20. 3. 1886	Dortmund, Kleppingstraße 20	B 8
Blumenkamp	Herbert	18. 6. 1910	Moers, Landwehrstraße 12	B 19
Böckem	Rudolf	3. 12. 1934	Siegburg, Weierstraße 41	B 32
Böhmer	Hans	17. 12. 1934	Menden, Wilhelmstraße 26	B 31
Bösinghaus	Ernst	8. 6. 1888	Gummersbach, Hohe Straße 16	B 9
Bommes	Herbert	16. 10. 1920	Rheydt, Dahlemer Straße 277	B 20
Brandau	Helmut	18. 4. 1920	Düsseldorf-Unterrath, Juiststraße 14	B 21
Brandt	Kurt	25. 11. 1887	Odenthal / über Bergisch-Gladbach, Osenauer Straße 42	B 28
Brenner	Rolf-Dieter	6. 2. 1936	Krefeld, Kimplerstraße 30	B 33

Name:	Vorname:	Geburtsdatum:	Ort der Niederlassung:	Zulassungsnummer:
Bresgen	Franz	16. 6. 1909	Münstereifel, Orchheimer Straße 35	B 15
Burmann	Wilhelm	15. 1. 1913	Paderborn, Borchener Straße 150	B 23
Camp	Heinrich	3. 11. 1899	Dorsten, Alter Postweg 38	C 1
Claaßen	Franz	15. 2. 1935	Dorsten, Alter Postweg 38	C 5
Clostermann	Johannes	20. 5. 1925	Ratingen, Kreuzstraße 22	C 4
Czeschlik	Wolfgang	3. 5. 1914	Viersen, Hohe Buschstraße 10	C 3
Dahm	Johannes	4. 11. 1935	Olpe / Westfalen, An den Klippen 6	D 24
Dantl	Franz	28. 3. 1905	Oberlösenbach b. Lüdenscheid, Wilhelm-Busch-Straße 25	D 18
Dassow	Herbert	28. 5. 1906	Moers, Haagstraße 4	D 17
von Deessen	Rudolf	17. 7. 1921	Essen, Admiral-Scheer-Straße 12	D 20
Dellmann	Paul	14. 4. 1921	Frechen b. Köln, Carl-Diem-Allee 14	D 14
Detering	Herwig	24. 11. 1911	Wuppertal-Barmen, Hatzfelder Straße 35	D 13
Dillenhöfer	Werner	9. 11. 1920	Cummersbach, Schützenstraße 11	D 21
Dilthey	Eitel-Friedrich	27. 8. 1908	Bochum, Wittener Straße 70 a	D 22
Döhmen	Artur	17. 2. 1927	Mönchengladbach, Hohenzollernstraße 204	D 19
Dördelmann	Diederich	26. 1. 1936	Duisburg-Meiderich, Ritterstraße 51	D 23
Doerpinghaus	Otto	7. 6. 1896	Düsseldorf, Inselstraße 30	D 5
Doil	Günther	11. 11. 1910	Münster, Augustastraße 25	D 12
Drees, Dr.-Ing.	Theodor	16. 1. 1921	Münster, Hohenzollernring 47	D 16
Düster	Wilhelm	13. 11. 1911	Düsseldorf, Virchowstraße 1	D 10
Dybowski	Paul	29. 5. 1901	Essen-Steele, Paßstraße 28	D 8
Ehrenstein	Rolf	17. 11. 1933	Brühl, Kölnstraße 5	E 10
Eis	Hans Bernd	8. 8. 1930	Duisburg-Hamborn, Scheiermannstraße 2	E 8
Elbert	Günter	15. 2. 1931	Köln, Kolumbastraße 10	E 9
Engels	Armin	17. 3. 1912	Düsseldorf, Düsselthaler Straße 3	E 7
Esser	Peter	8. 5. 1887	Bottrop, Roonstraße 13	E 4
Feldmann	Walter	5. 9. 1907	Altena, Hermann-Voß-Straße 32	F 2
Flender	Emil	13. 8. 1885	Unna, Parkstraße 19	F 3
Frank	Günter	27. 12. 1919	Opladen, Humboldtstraße 2 a	F 15
Frembgen	Wilhelm	27. 5. 1886	Oberdollendorf, Heisterbacher Straße 97	F 9
Fricke	Friedrich	11. 8. 1893	Köln, Bismarckstraße 12	F 6
Friedrich	Ernst	27. 10. 1924	Hemer-Westig, Von-Schenkendorf-Straße 7	F 16
Fries	Rudolf	3. 8. 1912	Bonn, Meckenheimer Straße 64	F 17
von Fürstenmühl	Josef	3. 7. 1896	Brilon, Kirchstraße 5	F 12
Galow	Paul	6. 10. 1916	Essen, Kopstadtplatz 13	G 12
Gerlach	Heinrich	1. 3. 1894	Höxter, Rohrweg 56	G 9
Giebelhausen	Gerhard	19. 12. 1908	Witten / Ruhr, Poststraße 28	G 10
Gießing	Artur	12. 3. 1909	Herne, Schulstraße 41	G 15
Gramann	Heinrich-Franz	28. 8. 1909	Neheim-Hüsten, Bachumer Weg 8 a	G 16
Großmann	Heinrich	22. 12. 1922	Bergheim / Erft, Schützenstraße 47 a	G 14
Gude	Josef	5. 3. 1908	Siegburg, Friedrich-Ebert-Straße 3	G 17

Name:	Vorname:	Geburtsdatum:	Ort der Niederlassung:	Zulassungsnummer:
van Gülick	Wilhelm	18. 8. 1909	Dortmund, Kleppingstraße 20	G 13
Haard	Karl	22. 8. 1911	Rheine, Salzbergener Straße 3	H 15
Haase	Alfred	10. 10. 1928	Hamm, Grünstraße 27	H 32
Hagelstange	Erich	15. 1. 1890	Pelkum (Krs. Unna), Landwehrstraße 15	H 1
Hamacher	Werner	23. 6. 1934	Wesel, Wedellstraße 2 a	H 36
Hannen	Johannes	10. 9. 1902	Krefeld, Marktstraße 121	H 3
Hardwig	Werner	17. 8. 1904	Wattenscheid, Hochstraße 26	H 30
Hartig	Rudolf	15. 7. 1907	Castrop-Rauxel, Wilhelmstraße 88	H 21
Hass	Bodo	13. 1. 1901	Düsseldorf, Ellerstraße 80	H 34
Heibach	Christian	20. 11. 1892	Hoffnungsthal, Hauptstraße 151	H 5
Heide	Erwin	26. 6. 1909	Bochum, Wiemelshauser Straße 201	H 18
Heimann	Theodor	19. 5. 1926	Unna, Bahnhofstraße 16	H 25
Heissenberg	Horst	22. 8. 1929	Helpup über Lage (Lippe), Gartenstraße 27	H 33
Henkel	Leo	17. 3. 1924	Köln, Gürzenichstraße 21 a	H 24
Henkelhausen	Carl	25. 12. 1890	Moers, Haagstraße 4	H 8
Hensel	Heinz	20. 4. 1913	Euskirchen, Mühlenstraße 9	H 20
Henrich	Helmut	5. 8. 1908	Neuß, Kanalstraße 45	H 16
Herden	Walter	15. 9. 1894	Duisburg, Moselstraße 35	H 22
Herdas	Fritz	23. 8. 1932	Balve (Krs. Arnsberg), Hönnetalstraße 7	H 37
Hermannns	Paul	19. 12. 1888	Köln-Ehrenfeld, Eichendorffstraße 41	H 10
Dr. Hinterkeuser	Josef	17. 8. 1912	Dülmen, Nonnenwall 26	H 6
Höffer	Manfred	17. 2. 1934	Schladeren (Sieg), Siegstraße 3	H 35
Hoffmann	Manfred	9. 5. 1911	Hamm, Ostenallee 44	H 29
Hofmann	Ulrich	10. 6. 1923	Plettenberg (Krs. Altena), Eichendorffstraße 1	H 31
Hohnfeld	Alfred	10. 5. 1911	Mülheim / Ruhr Am Bahnhof Broich Nr. 19	H 4
Hopmeier	Heinrich	9. 6. 1907	Dortmund, Hohenzollernstraße 30	H 17
Hoppe	Paul	11. 8. 1911	Düren, Jesuitengasse 3	H 14
Hückelheim	Hubert	17. 8. 1928	Suttrop (Krs. Lippstadt)	H 28
Huwer	Paul	3. 1. 1909	Gelsenkirchen, Ringstraße 89	H 19
Jäger	Walter	13. 7. 1902	Hamm, Weststraße 8	J 4
Janssen	Hermann	29. 7. 1884	Köln, Barbarossaplatz 7	J 1
Juchheim	Walter	1. 8. 1917	Soest, Feldmühlenweg 18	J 3
Jung	Egon	29. 4. 1926	Duisburg, Güntherstraße 33	J 5
Kerschke	Walter	29. 5. 1908	Bielefeld, Detmolder Straße 8	K 22
Keulertz	August	17. 5. 1897	Düsseldorf, Virchowstraße 1	K 2
Kinderdick	Werner	24. 1. 1923	Ratingen, Kreuzstraße 22	K 29
Kitscha	Erich	18. 2. 1889	Düsseldorf, Jülicher Straße 80	K 4
Kiver	Philibert	23. 12. 1922	Stolberg, Steinweg 49	K 33
Klein	Ewald	15. 5. 1922	Wuppertal-Elberfeld, Nauenbaumer Weg 76	K 31
Klein	Hans-Peter	11. 11. 1934	Essen, Rüttenscheider Straße 14	K 35
Kleinelsen	Hermann	14. 2. 1899	Duisburg, Waldsteige 5	K 6

Name:	Vorname:	Geburtsdatum:	Ort der Niederlassung:	Zulassungsnummer:
Klute	Erwin	17. 8. 1930	Sprockhövel, Schultenbuschstraße 32	K 34
Knebel	Erich	27. 2. 1901	Hüttental-Weidenau, Bruchstraße 9	K 36
Kober	Hellmut	12. 1. 1916	Siegen, Koblenzer Straße 63	K 32
Köhncke	Hans	23. 4. 1900	Essen, Olbrichstraße 48	K 26
Körbs	Walter	19. 2. 1910	Bonn, Theaterstraße 2	K 19
Körschgen	Ernst	21. 8. 1897	Rheydt, Uhlandstraße 32	K 14
Körschgen	Ewald	25. 6. 1928	Rheydt, Uhlandstraße 32	K 30
Koschwitz	Karl	24. 3. 1882	Wittgenstein, Schloß Wittgenstein bei Laasphe	K 20
Krapohl	Ludwig	15. 7. 1911	Mönchengladbach, Hohenzollernstraße 133	K 23
Kroll	Günther	12. 5. 1924	Aachen, Zollernstraße 33	K 27
Dr. Kühnhausen	Wilhelm	22. 5. 1915	Köln-Deutz, Graf-Geßler-Straße 5	K 24
Kuhn	Hans	20. 5. 1909	Hattingen / Ruhr, Humboldtweg 8	K 25
Kullmann	Karl	24. 10. 1907	Berg.-Gladbach, Friedrichstraße 43	K 18
Lang	Karl	21. 9. 1896	Rodenkirchen, Gartenstraße 27	L 10
Lauscher	Mathias	20. 5. 1892	Krefeld, Kimplerstraße 30	L 6
Leibold	Martin	2. 4. 1911	Dortmund-Asseln, Kahle Hege 14	L 7
Linkwitz	Wilhelm	5. 3. 1900	Bad Oeynhausen, Rolandstraße 16	L 3
Linneweber	Friedrich Wilhelm	6. 5. 1913	Dortmund-Kirchderne, Im Karrenberg 126	L 8
Lückerath	Erich	16. 9. 1927	Köln, Bismarckstraße 12	L 11
van Lyrop	Hans	29. 4. 1903	Siegburg, Pilgrimsweg 19	L 5
Maraite	Erich	3. 2. 1928	Erkelenz, Kölner Straße 43	M 20
Marsch	Hans-Georg	10. 3. 1912	Hagen, Elberfelder Straße 82 I	M 12
Mechlinsky	Gerhard	15. 2. 1929	Eschweiler, Mühlenstraße 34	M 23
Mehling	Georg	2. 3. 1908	Opladen, Am Köschenberg 3	M 14
Meier	Rudolf	6. 2. 1916	Porz a. Rhein, Bahnhofstraße 47	M 17
Meinecke	Günter	29. 9. 1912	Bielefeld, August-Bebel-Straße 58	M 11
Metternich	Rudolf	6. 7. 1929	Bonn, Meckenheimer Straße 64	M 22
Meyer	Rudolf	16. 9. 1898	Lengerich, Im Hook 13	M 26
Meyer-Schellenberg	Paul	23. 9. 1893	Hamm, Grünstraße 27	M 1
Mintrup	Theodor	9. 12. 1909	Ahaus, Schorlemer Straße 9	M 8
Möller	Hans Georg	18. 8. 1929	Hamm, Weststraße 42	M 24
Mortell	Gerhard	10. 3. 1909	Mülheim / Ruhr, Eppinghofer Straße 25	M 18
Muché	Helmut	9. 3. 1916	Hilden, Mettmanner Straße 31	M 10
Münker	Hansheinrich	7. 1. 1929	Siegen, Kirchweg 8	M 21
Muhr	Bruno	23. 2. 1926	Köln-Lindenthal, Klarenbachstraße 221	M 19
Müller	Winand	8. 4. 1907	Köln, Kolumbastraße 10	M 7
Nebelung	Paul-Friedrich	27. 8. 1900	Kleve, Am Prinzenhof 17 a	N 4
Nieder	Herbert	3. 12. 1926	Wesel / Rhein, Fluthgrafstraße 4	N 5
Nordhues	Herbert	9. 7. 1933	Dortmund-Hörde, Willem-van-Vlothen-Straße 4	N 6
Oberhoff	Hermann	9. 2. 1899	Krefeld, Brahmsstraße 86	O 4
Ohde	Heinrich	21. 5. 1927	Recklinghausen, Breite Straße 18	O 2

Name:	Vorname:	Geburtsdatum:	Ort der Niederlassung:	Zulassungsnummer:
Orb	Hansjörg	17. 10. 1928	Hagen, Elberfelder Straße 9	O 3
Otto	Cyrrillus	26. 2. 1899	Münster / Westfalen, Mondstraße 147	O 1
Padberg	Hubert	29. 2. 1926	Meschede, Nördeltstraße 8	P 9
Pansing	Otto	14. 3. 1907	Leverkusen-Küppersteg, Düsseldorfer Straße 168	P 7
von Pavel	Harald	15. 5. 1933	Solingen, Nibelungenstraße 62	P 11
Pilhatsch	Wilhelm	16. 10. 1902	Bad Godesberg, Bahnhofstraße 11	P 4
Pilhatsch	Walter	22. 9. 1934	Bad Godesberg, Bahnhofstraße 11	P 12
Pöhler	Johann	6. 11. 1889	Bochum-Langendreer, Hauptstraße 156	P 3
Raeder	Hermann	18. 12. 1908	Düren, Kölnstraße 33	R 6
Reiss	Friedrich	25. 6. 1898	Krefeld, Am hohen Haus 13	R 14
Rinsdorf	Heinrich	22. 2. 1935	Hüttental-Weidenau, Ernstweg 11	R 16
Röhrig	Paul	24. 6. 1887	Solingen, Zeppelinstraße 52	R 4
Röhrig	Clausbernd	23. 3. 1930	Solingen, Zeppelinstraße 52	R 15
Rose	Winfried	1. 7. 1930	Olpe / Westfalen, An den Klippen 6	R 12
Roth	Wilhelm	29. 6. 1895	Brühl, Kölnstraße 5	R 3
Rottländer	Ludwig	7. 12. 1922	Hochkirchen b. Köln, Im Rabengrund 8 b	R 13
Rückewold	Hans-Joachim	18. 5. 1921	Wermelskirchen, Telegrafstraße 32	R 11
Sartingen	Hans	30. 11. 1928	Dülken, Kolpingstraße 66	S 51
Sauerzapfe	Paul	25. 7. 1907	Aachen, Rudolfstraße 65 / 67	S 23
Scharlemann	Harry	18. 9. 1925	Köln, Kolumbastraße 10	S 53
Scheler	Franz	9. 4. 1884	Oberhausen-Sterkrade, Klosterstraße 22	S 1
Scherwinski	Heinz	27. 10. 1929	Borken / Westfalen, Grenzweg 9	S 54
Schlehta	Georg	11. 9. 1897	Porz a. Rhein, Voltastraße 8	S 45
Schlenga	Hans	8. 9. 1921	Wetter / Ruhr, Gartenstraße 12	S 49
Schliephake	Karl-Heinz	3. 12. 1922	Essen, Reulsbergweg 4	S 47
Schmidt	Gerhard	1. 9. 1909	Essen, Maxstraße 11	S 52
Schmidt	Walter	1. 5. 1910	Remscheid, Hindenburgstraße 72	S 24
Schmitz	Ludgerus	20. 6. 1932	Münster / Westfalen, Hohenzollernring 47	S 62
Schneider	Carl-Axel	30. 10. 1927	Dinslaken, Scharnhorststraße 1	S 59
Schoenen	Werner	16. 5. 1915	Essen, Ruhrallee 10	S 56
Schölling	Gerd	25. 11. 1931	Mettmann, Am Island 24	S 61
Schöps	Rudolf	16. 7. 1913	Essen, Kettwiger Straße 58	S 26
Scholl	Paul	2. 10. 1890	Marl-Drewer, In den Kämpfen 6	S 39
Scholz	Werner	3. 4. 1933	Aachen, Hauptstraße 5	S 63
Schubart	Reinhard	23. 7. 1900	Recklinghausen, Westerholter Weg 54	S 42
Schulz	Gerhard	9. 12. 1912	Oberhausen, Goebenstraße 103—105	S 35
Schwartz	Wilhelm	20. 12. 1908	Haltern / Westfalen, Sundernstraße 3	S 7
Schwarzbach	Rudolf	14. 6. 1923	Geldern, Issumer Straße 71	S 57
Semper	Karl-Heinz	6. 10. 1909	Bergheim / Erft, Füssenichstraße 26	S 32
Seuwen	Hermann	7. 2. 1909	Grevenbroich, Am Bendgraben 9	S 11
Sieveking	Helmut	9. 12. 1894	Recklinghausen, Hohenzollernstraße 16	S 12
Simon	Johann	19. 9. 1884	Krefeld, Wilhelmshofallee 81	S 13
Sperling	Gerd	6. 4. 1928	Münster / Westfalen, Weseler Straße 38	S 55

Name:	Vorname:	Geburtsdatum:	Ort der Niederlassung:	Zulassungsnummer:
Spitthöver	Rudolf	6. 11. 1911	Warendorf, Zurmühlenstraße 5	S 3
Spitzer	Erich	11. 4. 1907	Hamm, Ostenallee 44	S 46
Sprenger	Hans	22. 10. 1921	Pelkum (Krs. Unna), Landwehrstraße 15	S 43
Stasche	Kurt	10. 2. 1906	Mülheim-Styrum, Hamborner Straße 20	S 44
Steib	Josef	11. 7. 1922	Düsseldorf, Blücherstraße 43	S 40
Steil	Karl	5. 2. 1890	Gevelsberg, Mylinghauser Straße 16	S 38
Stichling	Paul	20. 10. 1883	Wuppertal-Barmen, Widukindstraße 2/4	S 16
Stichling	Wolfgang	12. 5. 1929	Wuppertal-Barmen, Widukindstraße 2/4	S 60
Strauß	Adolf	15. 9. 1909	Köln-Klettenberg, Luxemburger Straße 426 (Hochhaus)	S 27
Stüttem	Hans	9. 7. 1927	Köln-Nippes, Gocher Straße 17	S 50
Süsske	Hans	14. 5. 1901	Minden / Westfalen, Kampstraße 29	S 37
Sundermann	Friedrich	30. 8. 1913	Hagen / Westfalen, Fleyerstraße 98	S 22
Thiebes	Ernst	16. 7. 1930	Siegburg, Wilhelmstraße 65	T 11
Thoma	Arnulf	17. 3. 1913	Hüttental-Weidenau, Ernstweg 11	T 8
Thomas, Dr.-Ing.	Hans-Herbert	5. 7. 1927	Iserlohn, Friedrichstraße 47	T 10
Treckmann	Ernst	9. 5. 1908	Gelsenkirchen-Buer, Voehdestraße 23	T 9
Unger	Gerhard	3. 4. 1932	Recklinghausen, Hohenzollernring 16	U 1
Vedder	Heinrich	27. 5. 1920	Walsum, Friedrich-Ebert-Straße 487	V 1
Ventzke	Hans	26. 2. 1934	Gevelsberg, Wittener Straße 34	V 3
Vogel	Franz	23. 9. 1925	Bonn-Endenich, Röckumstraße 8	V 2
Vorholz	Hans-Dieter	13. 5. 1935	Aachen, Piusstraße 1	V 4
Wagner	Hans-Wilhelm	17. 8. 1914	Bochum, Lohbergstraße 14	W 15
Waldmann	Fritz	22. 5. 1907	Angelmodde-West, Im Wiesengrund 18 c	W 17
Wechsung	Hanne-Wilhelm	14. 2. 1907	Herford, Unter den Linden 16	W 9
Wiards	Wiard-Heeren	18. 1. 1912	Hagen, Graf-von-Galen-Straße 47	W 18
Wichmann	Konrad	5. 10. 1895	Kempfen, Parkstraße 12	W 13
Wiedemeyer	Konrad	2. 4. 1895	Rumeln-Kaldenhausen, Eichenstraße 19	W 14
Wiemerslage, Dr.-Ing.	Helmut	23. 5. 1929	Ibbenbüren, Unterer Markt 1	W 19
Winklat	Karl	30. 1. 1887	Bochum, Rechenerstraße 2 a Ecke Südring	W 16
Witt	Hermann	21. 6. 1907	Detmold, Bachstraße 70	W 12
Wolfes	Arndt	6. 9. 1926	Münster / Westfalen, Ludgeristraße 40	W 21
Wolter	Josef	29. 7. 1922	Bad Godesberg, Deutschherrenstraße 202	W 20
Zimmermann	Ludwig Karl	21. 4. 1893	Essen-Kupferdreh, Reulsbergweg 4	Z 2
Zimmermann	Manfred	4. 10. 1936	Hoffnungsthal, Hauptstraße 151	Z 7
Zurhorst	Berthold	16. 12. 1924	Werne a. d. Lippe, Herzogstraße 6	Z 6
Zwiener	Paul	7. 8. 1900	Dortmund-Hörde, Willem-van-Vlotenstraße 4	Z 3

Hinweis**Inhalt des Justizministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen****Nr. 2. v. 15. 1. 1967**

(Einzelpreis dieser Nummer 0,60 DM zuzüglich Postkosten)

	Seite		Seite
Allgemeine Verfügungen			
Anweisung für die Behandlung der in amtlichen Gewahrsam gelangten Gegenstände (Gewahrsamsachenanweisung)	13	aber in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands hat, ist nicht das AG Schöneberg, sondern das AG zuständig, in dessen Bezirk die Geburt beurkundet und daher auch der Legitimationsrandvermerk beizuschreiben ist. OLG Hamm vom 7. Juni 1966 — 15 Sbd 11/66	20
Geschäftliche Behandlung der Vorverfahren bei der Staatsanwaltschaft	16	Strafrecht	
Geschäftliche Behandlung der Fideikommißangelegenheiten	16	1. StGB §§ 263, 266, 350, 353. — Zur Gebührenüberhebung des Schalterbeamten der Post. OLG Köln vom 1. Februar 1966 — Ss 478/65	21
Anzeige- und Strafsachen gegen Mitglieder des Deutschen Bundestages oder der gesetzgebenden Körperschaften der Länder	16	2. StPO § 172. — Wer in einem Zivilprozeß rechtskräftig unterlegen ist, kann gegen einen in diesem Prozeß vernommenen Zeugen nur dann wegen des Vorwurfs eines Aussagedelikts das Klageerzwingungsverfahren betreiben, wenn das Urteil auf der als falsch angegriffenen Zeugenaussage beruht oder mitberuht. OLG Köln vom 3. Juni 1966 — Zs 864/65	23
Bekanntmachungen	17	Kostenrecht	
Personalnachrichten	18	KostO §§ 26, 79. — Die auf Grund gleichzeitiger Anmeldung vorgenommene Eintragung der Kapitalerhöhung und der entsprechenden Satzungsänderung einer GmbH ist ein einheitlicher Eintragungsvorgang. Daraus erwächst der Landeskasse nur eine volle Gebühr nach dem erhöhten Teile des Stammkapitals. OLG Düsseldorf vom 15. Juni 1966 — 10 W 43/66	24
Rechtsprechung			
Zivilrecht			
1. BGB § 1717. — Zur Frage der Einholung von Abstammungsgutachten im Unterhaltsprozeß (abweichend von LG Münster in JMBL NRW 1966 S. 130). LG Duisburg vom 19. Oktober 1966 — 4 S 214/66	19		
2. FGG § 43 I, § 36 I u. II, § 37 II. — Für das Verfahren zur Feststellung der Ehelichkeit eines Kindes deutscher Staatsangehörigkeit, das in der Bundesrepublik geboren ist, seinen Wohnsitz			

— MBL NW. 1967 S. 150.

Einzelpreis dieser Nummer 1,40 DM

Einzellieferungen nur durch den August Bagel Verlag, Düsseldorf, gegen Voreinsendung des Betrages zuzügl. Versandkosten (Einzelheft 0,30 DM) auf das Postscheckkonto Köln 85 16 oder auf das Girokonto 35 415 bei der Rhein. Girozentrale und Provinzialbank Düsseldorf. (Der Verlag bittet, keine Postwertzeichen einzusenden.)

In der Regel sind nur noch die Nummern des laufenden und des vorhergehenden Jahrgangs lieferbar.

Wenn nicht innerhalb von acht Tagen eine Lieferung erfolgt, gilt die Nummer als vergriffen.

Eine besondere Benachrichtigung ergeht nicht.

Herausgegeben von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf, Elisabethstraße 5. Druck: A. Bagel, Düsseldorf. Vertrieb: August Bagel Verlag, Düsseldorf. Bezug der Ausgabe A (zweiseitiger Druck) und B (einseitiger Druck) durch die Post. Ministerialblätter, in denen nur ein Sachgebiet behandelt ist, werden auch in der Ausgabe B zweiseitig bedruckt geliefert. Bezugspreis vierteljährlich Ausgabe A 13,45 DM, Ausgabe B 14,65 DM.